

Nicht mit dem Rasenmäher sparen

Interview und Foto Richard Brunhart, brunhart@freiliste.li

Hohe Kosten können in manchen Bereichen erklärt werden und auch gerechtfertigt sein, hält Andreas Brunhart, Forschungsbeauftragter Wirtschaft am Liechtenstein-Institut, fest. Im Interview wirft er einen kritischen Blick auf die öffentliche Debatte rund um die Sanierung des Staatshaushalts.

WEISS Sparen ist derzeit das Top-Thema. Zumindest in einem Bereich spart Liechtenstein richtig viel Geld: Beim Militär beziehungsweise der Landesverteidigung. Gibt es noch mehr Leistungen, die das Land nicht bereitstellt, die in anderen Ländern ganz selbstverständlich sind?

Andreas Brunhart Was mir als erstes einfällt sind Bereiche des öffentlichen Verkehrs. Insbesondere mit allem, was den Flugverkehr betrifft, haben wir sehr wenig zu tun. Zudem verschiedene aussenpolitische Bereiche, bei denen es für grosse Staaten sehr wichtig ist, Einfluss zu nehmen, für die uns aber die Ressourcen fehlen oder auf die wir uns nicht spezialisiert haben. Das Militär ist aber sicher das Eklatanteste.

Besteht auf der anderen Seite deutliches Sparpotential? Bietet Liechtenstein etwas an, worauf Einwohner anderer Länder gerne verzichten, so wie wir Liechtensteiner ganz einfach ohne Militär auskommen?

Was in Liechtenstein auffällt – das ist vielleicht eine generelle Charakteristik eines Kleinstaates mit geringen Ressourcen, der sich spezialisieren muss –, ist, dass man sich sehr genau überlegt, was man sich leisten will und leisten kann. Ich glaube nicht, dass man derzeit ein grosses Feld definieren kann, das wir nicht mehr wollen. Auch wenn man in den letzten Jahren etwas grosszügiger mit dem Geld umgegangen ist, habe ich den Eindruck, dass der Spargedanke oder ein haushälterischer Umgang mit Geld doch ausgeprägter war als in anderen Ländern.



Die Kosten sind teilweise aber sehr stark gestiegen.

Was als erstes bei den Kostensteigerungen auffällt, sind die Ausgaben für Gesundheit und Soziales, die in den vergangenen Jahrzehnten relativ stark zugenommen haben, ebenso wie die Kosten für die öffentliche Verwaltung. Auf den ersten Blick könnte man annehmen, dass in diesen Bereichen besonders stark gespart werden sollte. Auf der anderen Seite lassen sich diese Kostensteigerungen auch leicht erklären. In der Ökonomie wird Gesundheit als Luxusgut verstanden, das mit steigender Wirtschaftsleistung wichtiger und mehr nachgefragt wird. Und in der öffentlichen Verwaltung besteht – wie insgesamt im Dienstleistungsbereich – ein viel geringeres Rationalisierungspotential als in der Industrie, die Löhne sind aber ähnlich wie in anderen Wirtschaftsbereichen gestiegen. Natürlich gibt es Computer oder Internet, aber die Arbeit in der Verwaltung ist immer noch eine ähnliche wie vor 40 Jahren. Die Aufgaben sind zudem eher noch grösser geworden, die Ansprüche an den Staat gestiegen.

Wie zum Beispiel bezüglich Bildung? Die Bildungswege werden immer länger und damit steigt die Dauer, die ein Mensch im Bildungssektor verbringt.

Zum Beispiel. Oder auch bezüglich Verkehrsinfrastruktur. Wenn man die Handelsströme betrachtet, kam es zu einer enormen Steigerung. Bis ein Produkt in den Handel kommt, wird es etliche Male von einem Produktionsstandort zu einem anderen transportiert. Natürlich steigen die Ansprüche mit steigendem Wohlstand auch in anderer Hinsicht.

Die Staatsaufgaben haben sich in der Zeit stark gewandelt. Hat quasi eine Harmonisierung stattgefunden, dass alle Staaten in Europa ähnliche Leistungen bieten? Stellen Unternehmen und Arbeitskräfte, um die ein Standortwettbewerb besteht, ähnliche Erwartungen an den Staat?

In Liechtenstein wurde eigentlich von der Wirtschaft schon immer direkt und klar kommuniziert, was sie vom Staat verlangt. Wenn es diese Angleichung in der Erwartungshaltung gegeben hat, ist diese wahrscheinlich in Liechtenstein schon früher

zum Tragen gekommen als in anderen Ländern. Christoph Maria Merki hält in seinem bekannten Buch «Wirtschaftswunder Liechtenstein» fest, dass private Initiativen und staatliche Aktionen immer sehr stark verflochten waren. Ich denke, dass er diesen Aspekt für das Wachstum eher als positiv gewertet hat. Für einen Kleinstaat, der Nischen besetzen und schnell reagieren muss, hat dies durchaus Vorteile, aber auch den Nachteil von sehr hohem Grad an Einflussnahme.

Die absoluten und relativen Ausgaben der Staaten unterschieden sich sehr stark. Ist es mehr eine Frage des «wie viel» ein Staat in einem Bereich bereitstellt als was er anbietet?

Derzeit befinden wir uns in einer Notsituation, die ein Stück weit selbst herbeigeführt wurde. Dadurch, dass die Einnahmen stark gesunken sind, wurde Druck aufgebaut, auch auf der Ausgabenseite etwas zu tun. Finanzkrise und Finanzplatztransformation haben sicher mitgespielt, ein sehr grosser Teil des Defizits ist aber auf die Steuerreform zurückzuführen. Die Ansicht, dass wir uns langfristig kein Defizit erlauben können, werden wahrscheinlich die meisten im Land vertreten. Sich als Kleinstaat zu verschulden ist extrem gefährlich und wäre fahrlässig. Eine aktive Diskussion, was wir als Staat wollen oder nicht wollen, findet aber kaum statt.

Im Sinne einer Kosten-Nutzen-Überlegung?

Genau. Vielleicht sind hohe Kosten in gewissen Bereichen ja gerechtfertigt. Der gesellschaftliche Diskurs findet meiner Ansicht nach zu wenig statt. Bei der Steuerreform lief es ähnlich ab. Die Reform wurde ziemlich schnell verabschiedet. Natürlich ist es ein komplexes Thema. Man kann nicht erwarten, dass sich jeder damit befasst. Beim Steuergesetz wurden jedoch vergleichsweise wenig Überlegungen über gesellschaftliche Auswirkungen, über die Verteilungswirkung gemacht. Und auch, wie viele Neuansiedlungen von Unternehmen nötig wären, damit sich die Steuerreform rentiert und ob wir dieses Wachstum möchten, ob wir Platz, Infrastruktur und Arbeitskräfte dafür haben. Wenn man frühere Diskussionen in Liechtenstein im Kontext von Verteilungs- oder Besteuerungsfragen betrachtet, wurde bei solchen

Themen meiner Meinung nach damals eine stärkere Wertediskussion in Politik und Öffentlichkeit geführt.

Liechtenstein hat zwar eine niedrige Staatsquote. Da das Land sehr reich ist, sind die absoluten Ausgaben pro Einwohner aber doch relativ hoch. Könnte also doch irgendwo Sparpotential bestehen?

In Liechtenstein muss man beachten, dass das Bruttoinlandsprodukt eine ein bisschen irreführende Zahl ist, weil die Hälfte davon von Menschen – von Zupendlern – generiert wird, die von den Staatsaufgaben wenig betroffen sind. Zudem sind die Ausgaben pro Einwohner zwar stärker gestiegen als beispielsweise in der Schweiz. Das Einkommen der Einwohner hat in der gleichen Zeit aber auch extrem zugenommen, so dass die Belastung tief geblieben ist. Wir haben immer noch eine sehr tiefe Steuerquote. Per se gibt es keine gute oder schlechte Steuerquote, die Leistung des Staates muss stimmen. Gespart wird in Liechtenstein derzeit dort, wo Potential besteht oder wo man einfach sparen kann, wo wenig Widerstand besteht. Das bedeutet, dass man – nicht unbedingt mit böser Absicht – eher bei jenen spart, die sich nicht wehren können, die keine Lobby haben. Das müsste näher untersucht werden, ich würde aber erwarten, dass tendenziell eine Umverteilung stattgefunden hat. Durch die Steuerreform haben eher Gutbegüterte und kapitalintensive Firmen profitiert. Insgesamt leiden deshalb andere Klassen unter den Sparbemühungen stärker.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch.